



Antrag auf Beratung und Information durch die Autismusbeauftragten für Kitas, Schulen und KollegInnen			
Fallberatung nur mit ärztlicher Diagnose möglich.			
AntragstellerIn:			
Name, Vorname:	Dienstort/ Einrichtung:	E- mailadresse:	
		Telefonnummer:	
1. Beratungsanliegen			
Inwiefern wünschen Sie die Unterstützung oder Beratung durch die Autismusbeauftragten des SSA Heilbronn? 			
2. Bisher eingeschaltete Fachdienste oder andere Partner (konkreter Schülerfall) (z.B. Frühförderstellen, Eingliederungshilfe, Therapeuten, SPZ, Kinderarzt, Gesundheitsamt, Jugendhilfe, Erziehungsberatungsstellen...) Vorliegende Berichte fügen Sie bitte diesem Antrag bei.			
Partner/Stelle:	Ansprechpartner:	Zeitraum der Beratung:	Wichtiges:
3. Diagnose (konkreter Fall)			
<input type="checkbox"/> Eine fachärztliche Diagnose liegt vor und wird diesem Antrag beigefügt.			
4. Unterschrift der Personensorgeberechtigten:			
<input type="checkbox"/> Die Personensorgeberechtigten stimmen der Kontaktaufnahme zu.			
_____ Ort, Datum		_____ Unterschrift aller Personensorgeberechtigten	
5. Unterschrift der AntragstellerIn:			
_____ Ort, Datum		_____ Unterschrift AntragstellerIn	

Betroffenenrechte

Sie haben gegenüber uns folgende Rechte, die Sie hinsichtlich der Sie betreffenden personenbezogenen Daten geltend machen können:

- **Recht auf Auskunft, Art. 15 EU-DSGVO**
Sie haben das Recht auf Auskunft darüber, ob wir personenbezogene Daten von Ihnen verarbeiten. Außerdem erhalten Sie mit dem Recht auf Auskunft eine umfassende Einsicht in die Sie betreffenden Daten und einige andere wichtige Kriterien wie beispielsweise die Verarbeitungszwecke oder die Dauer der Speicherung. Das Recht kann nach § 9 LDSG eingeschränkt sein.
- **Recht auf Berichtigung, Art. 16 EU-DSGVO**
Das Recht auf Berichtigung steht Ihnen zu, wenn Sie unrichtige personenbezogene Daten korrigieren lassen möchten.
- **Recht auf Löschung, Art. 17 DSGVO**
Unter den Voraussetzungen des Artikels 17 EU-DSGVO können Sie die Löschung von Ihren personenbezogenen Daten beim uns verlangen. Dies ist allerdings nur möglich, wenn die Sie betreffenden personenbezogenen Daten nicht mehr notwendig sind, rechtswidrig verarbeitet werden oder eine diesbezügliche Einwilligung widerrufen wurde. Es gelten die Einschränkungen des § 10 LDSG.
- **Recht auf Einschränkung der Verarbeitung, Art. 18 EU-DSGVO**
Das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung gibt Ihnen die Möglichkeit, eine weitere Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten vorerst zu verhindern. Die EU-DSGVO schränkt dieses Recht ein, wenn es um die Wahrnehmung von Rechtsansprüchen, schützenswerte öffentliche Interessen oder Interessen einer anderen Person geht.
- **Recht auf Widerspruch, Art. 21 EU-DSGVO**
Sie haben nach Artikel 21 EU-DSGVO die Möglichkeit gegen die Verarbeitung Sie betreffender personenbezogener Daten Widerspruch einzulegen. Das bedeutet, dass Sie in einer besonderen Situation der weiteren Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten widersprechen können, soweit diese auf Grund der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben erfolgt.
- **Recht auf Datenübertragbarkeit, Art. 20 EU-DSGVO**
Das Recht auf Datenübertragbarkeit bedeutet für Sie die Möglichkeit, dass Sie Ihre personenbezogenen Daten, die Sie uns bereit gestellt haben, in einem gängigen, maschinenlesbaren Format von uns erhalten, um sie ggf. an einen anderen Verantwortlichen zu übermitteln. Gemäß Art. 20 Abs. 3 Satz 2 EU-DSGVO gilt dieses Recht nicht für eine Datenverarbeitung, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt.
- **Recht auf Widerruf der Einwilligung, Art. 7 Abs. 3 EU-DSGVO**
Soweit die Verarbeitung der personenbezogenen Daten auf Grundlage einer Einwilligung erfolgt, können Sie diese jederzeit für den entsprechenden Zweck widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der Verarbeitung aufgrund der getätigten Einwilligung bleibt bis zum Eingang des Widerrufs unberührt.

Keine automatisierte Entscheidungsfindung

Zur Wahrnehmung unserer gesetzlichen Aufgaben nutzen wir keine Verfahren einer vollautomatisierten Entscheidungsfindung.

Beschwerderecht gegenüber Aufsichtsbehörde

Sie haben gemäß Art. 77 EU-DSGVO das Recht, sich bei der Datenschutzaufsichtsbehörde zu beschweren, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten nicht rechtmäßig erfolgt.

Die Anschrift der zuständigen Aufsichtsbehörde lautet: Landesbeauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit Baden-Württemberg, Lautenschlagerstr. 20, 70173 Stuttgart, Telefon: 0711 / 61 55 41 – 0, E-Mail: poststelle@fdi.bwl.de.

Sie können sich mit Fragen und Beschwerden auch an unseren behördlichen Datenschutzbeauftragten wenden, den Sie unter der E-Mail Adresse datenschutzbeauftragter@ssa-hn.kv.bwl.de erreichen.